



Vorlage VA_34/2017
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 27.11.2017

mit 3 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Haushaltsplan 2018 und Finanzplanung 2017 bis 2021 - Zusammenfassende Vorberatung -

1. Verfahren

Wie in den Vorjahren, haben wir den Verwaltungsausschuss bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 20.03.2017 und am 07.07.2017 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2018, zum Finanzzwischenbericht 2017 und zum Jahresabschluss 2016.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2018 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2017 - 2021 (Vorlage KT_31/2017) im Kreistag am 20.10.2017 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2018 vorberaten.

2. Stellenplan

Der Stellenplan (Vorlage VA_38/2017) wurde am 08.11.2017 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er ist in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses weiter zu beraten.

3. Verwaltungsausschuss am 08.11.2017, 1. Lesung

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen sowie die vorliegenden Anträge informiert. Gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf verringern sich die Aufwendungen im Ergebnishaushalt um insgesamt 2.149.000 € und im Finanzaushalt um 108.000 €.

Über die bisher vorliegenden haushaltsrelevanten Anträge wurde der Verwaltungsausschuss mit Vorlage 35/2017 informiert. Es ist noch eine Änderung eingetreten, so dass sich der daraus resultierende Gesamtaufwand auf 525.022 € erhöht. Dieser Aufwand wurde – mit Aus-

nahme von 74.000 € für die ambulante Suchthilfe für ältere Menschen, die von der Verwaltung nicht empfohlen wird – in die Deckungsreserve eingestellt. Außerdem wurde bereits mit Beschluss vom 13.10.2017, VA 27/2017 eine Planungsrate zum Bau einer Kindertagesstätte beim Landratsamt Ludwigsburg in Höhe von 50.000 € bewilligt, die in der Deckungsreserve enthalten ist.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einstellung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten wurde vom Verwaltungsausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Der Haushaltsplan 2018 mit seinem im Vergleich zu den Landkreisen in der Region Stuttgart und den Landkreisen im Regierungsbezirk Stuttgart günstigen Kreisumlagehebesatz von 28 %-Punkten wurde vom Verwaltungsausschuss durchweg als solide beurteilt. Man war sich einig darüber, dass angesichts der bestehenden Risiken die umsichtige und sparsame Haushaltswirtschaft im Landkreis Ludwigsburg fortgesetzt werden muss.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2018 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

4. Kultur- und Schulausschuss am 10.11.2017

Der Kultur- und Schulausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Die vorliegenden Anträge auf Erhöhung des Zuschusses an das Deutsch-Französische Institut (2.955 €) sowie auf eine weitere Erhöhung des Baukostenzuschusses für die KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz (20.000 €) wurden einstimmig befürwortet. Die Finanzierung ist über die Deckungsreserve gesichert. Über einen kurzfristig eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 3), 250.000 € zusätzlich für den EDV-Support an den beruflichen Schulen bereitzustellen, um die zeitliche Inanspruchnahme von Lehrkräften für den EDV-Support zu verringern, muss noch im nächsten Verwaltungsausschuss beraten und entschieden werden. Über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Zertifizierung landkreiseigener Schulen als Fairtrade-Schule wird, da er nicht haushaltsrelevant ist, zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

Der Kultur- und Schulausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2018 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2017 - 2021.

5. Jugendhilfeausschuss am 22.11.2017

Der Jugendhilfeausschuss hat am 20.10.2017 empfohlen, 91.200 € für die Vertretungsregelung bei der Kindertagespflege aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss hat noch über folgende finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge zu entscheiden:

- Sportkreis Ludwigsburg e.V.: Antrag vom 09.09.2017 auf Gewährung eines Investitionskostenzuschusses von insgesamt 150.000 € für die Erweiterung der Freizeitanlage Untersteinbach. Davon sind 2018 50.000 € in der Deckungsreserve berücksichtigt. Im Haushalt 2019 müssten die weiteren 100.000 € finanziert werden.
- Deutsches Rotes Kreuz / Evangelische Jugendhilfe Hochdorf: Bezuschussung des Ko-

operationsprojekts für Kinder psychisch kranker Eltern mit 45.000 € für 2018 (befristet zunächst auf 3 Jahre). In der Deckungsreserve berücksichtigt.

- Karlshöhe Ludwigsburg: Antrag vom 31.05.2017 auf 89.395 € Landkreiszuschuss für das Projekt Jugendberatung (Fortsetzungsantrag). In der Deckungsreserve berücksichtigt.

Über die Ergebnisse der Beratungen im Jugendhilfeausschuss wird mündlich berichtet.

6. Sozialausschuss am 22.11.2017

Der Sozialausschuss hat noch über folgende finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge zu entscheiden:

- Frauen für Frauen e.V.: Antrag vom 24.07.2017 auf Förderung des Projekts „Essstörungen“ mit 40.000 € jährlich in den nächsten 4 Jahren. In der Deckungsreserve berücksichtigt.
- Diakonie / Caritas Ludwigsburg: Antrag auf psychosoziale Betreuung von „Substituierten“ und älteren Menschen im Rahmen der Suchthilfe mit Kosten in Höhe von 148.000 € (empfohlen wird von Verwaltungsseite die psychosoziale Betreuung von „Substituierten“ mit 74.000 €). In der Deckungsreserve mit 74.000 € berücksichtigt.
- Psychosoziales Netzwerk GmbH: Antrag vom 11.07.2017 auf zusätzlich 26.372 € für die Tagesstätte für psychisch Kranke im Jahr 2018. In der Deckungsreserve berücksichtigt.
- SPD-Fraktion: Antrag auf Einstellung weiterer Mitarbeiter für die Schuldnerberatung. Eine Stelle ist beim Landkreis vorgesehen. Wenn die Diakonie und die Caritas mit je einer Stelle bezuschusst werden sollen, sind 2018 ca. 100.000 € an Zuweisungen zu gewähren. Bei ganzjähriger Besetzung ab 2019 ff ist pro Jahr mit etwa 170.000 € zu rechnen. In der Deckungsreserve 2018 sind 100.000 € dafür eingestellt.
- SPD-Fraktion: Umwandlung einer befristeten 0,5-Stelle bei der sozialfachlichen Beratung der Pflegestützpunkte in eine unbefristete Stelle.
- SPD-Fraktion: Schaffung einer weiteren Planstelle im Bereich „Teilhabe und Eingliederung für Menschen mit Behinderung“ wegen der Reform des Bundesteilhabegesetzes (etwa 70.000 €).
- CDU-Fraktion, Freie Wähler-Fraktion: Ergänzende Anträge zur Vorlage SoA 08/2017 Ausbau der Kurzzeitpflege. Mehraufwand 2018 ca. 135.000 € - später bei ganzjähriger Stellenbesetzung etwa 187.000 €. In der Deckungsreserve berücksichtigt.

Über die Ergebnisse der Beratungen im Sozialausschuss wird mündlich berichtet.

7. Ausschuss für Umwelt und Technik am 24.11.2017

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat noch über folgende finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge zu entscheiden:

- Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Entwicklung eines Konzepts für die Einrichtung von Elektroladestationen (30.000 €).
- Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Bereitstellung von 10.000 € für erste Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts (TA 56/2017).
- Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Auslobung eines Klimaschutzpreises für alle

Schulen im Kreis (3.000 €, TA 56/2017).

- Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Streuobstpädagogikprojekt, TA 41/2017 vom 17.07.2017. Beschluss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung, 3.300 € in der Deckungsreserve bereitgestellt.
- SPD-Fraktion: Kreisweite Untersuchung der Möglichkeit, ob Busspuren außerhalb geschlossener Ortschaften gebaut werden können (50.000 €).
- Vorlage TA 56/2017 Wildbienenparadies Mauerterrassen Hohenasperg 30.000 €.
- Vorlage TA 56/2017 Langgrasentsorgung aus Landschaftspflegemaßnahmen (Pflichtaufgabe) 30.000 €
- Vorlage TA 52/2017 Weitere Vorgehensweise zur Sicherstellung einer zukunftssicheren Breitbandversorgung (Mehraufwand 250.000 €).

Über die Ergebnisse der Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Technik wird mündlich berichtet.

8. Verwaltungsausschuss am 27.11.2017, 2. Lesung

Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2017, die sich aufgrund der Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse ergeben haben und sich ggf. noch ergeben werden, wurden in die vorläufige Änderungsliste (Anlage 1) aufgenommen. Nachdem die Ergebnisse aus den Beratungen des Jugendhilfeausschusses, des Sozialausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Technik erst nach Versand dieser Vorlage feststehen, wurden dafür Prognosewerte in die Änderungsliste aufgenommen. Ferner ist vom Verwaltungsausschuss noch über einen eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion, 250.000 € zusätzlich für den EDV-Support an den beruflichen Schulen bereitzustellen, um die zeitliche Inanspruchnahme von Lehrkräften für den EDV-Support zu verringern, zu beraten. Aufgrund der kurzfristigen Einbringung liegt darüber noch keine Ausschussempfehlung vor.

Der Verwaltungsausschuss hat im Einzelnen noch über die Ausschussempfehlungen zu beraten und eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben. Die Kosten der Maßnahmen stellen sich wie folgt dar:

Kosten für Maßnahmen, die in der Deckungsreserve bereitgestellt sind: 636.022 €

Kosten für Maßnahmen, die zusätzlich zu finanzieren wären: 814.200 €

9. Wesentliche Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2017

Folgende Änderungen haben sich neben den unter Ziffer 8 aufgeführten Änderungen ergeben: Laut dem Haushaltsplanentwurf des Verbands Region Stuttgart reduzieren sich die Aufwendungen im Ergebnishaushalt um 2.240.000 € und im Finanzhaushalt um 108.000 €. Zudem erhält der Landkreis durch eine gesetzlich geänderte Zuweisungspraxis für die Ausgleichszahlungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz künftig Mittel für Busverkehrsleistungen im Kreishaushalt auf der Einnahmeseite, die er auf der Ausgabeseite an den VVS weiterleiten muss. Es sind daher jeweils 5.200.000 € einzustellen. Die Umlage an den Schulverband Hele-Ne-Lange-Gymnasium reduziert sich um 55.900 €. Bei den Zins- und Tilgungserstattungen an die Kliniken ergab sich nach Fertigstellung der Unternehmensplanung noch eine Reduzierung von insgesamt 103.200 €.

Beschlussvorschlag:

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs - Zweite Lesung - am 27.11.2017 empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Kreistag,

- den Entwurf des Haushaltsplans 2018 aufgrund der Vorlage KT_31/2017 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 nach Anlage 2 zu beschließen,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2017 - 2021 zu beschließen,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2018 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 49.100.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 2.800.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 40 Mio. € zu übernehmen,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2018 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 9.600.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich sowie für Kassenkredite von 4 Mio. € zu übernehmen,
- die Verwaltung weiterhin zu ermächtigen, entsprechend der Liquiditätslage des Landkreises Kassenkredite an die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH zu gewähren.